

Mitglied Gruppe CDU/WBV

Ausschussmitglied Martin Harms

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussmitglied Nurhayat Bakir
Beigeordneter Jörg Mückenwarf

Mitglied Gruppe GrünUnabhängigSozial

Ausschussvorsitzender Michael von den Berg

Mitglied FDP-Fraktion

Ausschussmitglied Christian Ressel

Mitglied AfD-Fraktion

Grundmandat Prof. Dr.-Ing. Lothar Preuß

Es fehlte entschuldigt

Ausschussmitglied Hans-Jürgen Lietzmann
Grundmandat Thorsten Moritze

Bedienstetenvertreter

Bedienstetenvertreter Werner Bolinius

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie Beschlussfähigkeit
- 2 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Betriebsausschusses Technische Betriebe Wilhelmshaven vom 04.05.2018
- 3 Beschluss über die Tagesordnung
- 4 Mitteilungen und Anfragen
 - 4.1 Herausforderungen in der Abwasserwirtschaft
 - 4.2 Umsetzung Verpackungsgesetz in Wilhelmshaven – Sachstand
 - 4.3 Neupflanzungen im Stadtgebiet nach Baumfällungen
 - 4.4 Geschwindigkeitsbegrenzung an der B 210
 - 4.5 Geäußerte Wünsche in der GUS-Sitzung
 - 4.6 Verkehrsschilder am Bahnübergang und in der Montsstraße

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende **Herr von den Berg** eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Betriebsausschusses Technische Betriebe Wilhelmshaven vom 04.05.2018

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Betriebsausschusses Technische Betriebe Wilhelmshaven vom 04.05.2018 wurde einstimmig genehmigt.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

- 3 Beschluss über die Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde in der vorliegenden Form beschlossen.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

- 4 Mitteilungen und Anfragen

- 4.1 Herausforderungen in der Abwasserwirtschaft

Herr Menke erläuterte das Thema anhand einer Präsentation. Die zukünftigen Herausforderungen sind im Bereich vom Erhalt und Sanierung des Kanalsystems, höheren qualitativen Anforderungen an die Einleitung von Schmutz- und Oberflächenwasser und Klimaveränderungen-Starkregen zu sehen. Die Anforderungen aus der Klärschlammverordnung (Pflicht zur Phosphorrückgewinnung) wird zu weiteren Veränderungen führen. In den kommenden Jahren zeichnet sich ein Anstieg der Infrastrukturausgaben, insbesondere im Bereich von Erhalt und Sanierung des

Kanalsystems, ab.

Herr Prof. Preuß wies auf ein früheres Problem mit dem Chlorwerk Rüstersiel hin betreffend Einleitung Quecksilber in die Jade. Er fragte, ob TBW die Einleitung von Schadstoffen überprüft und wie groß die Mengen sind.

Herr Menke: Es gibt Einleitwerte über Phosphat, Ammonium, Stickstoff und CSB (chemischer Sauerstoffbedarf). Diese werden regelmäßig gemessen.

Herr Fritsch: Die Einleitung von Schwermetallen prüft das NLWKN 2 x jährlich. .

Herr Prof. Preuß bat um eine Information zu der Belastung.

Herr von den Berg bemerkte, dass die Anforderungen an unsere Abwassersysteme sowohl technisch als auch politisch sehr groß und umfangreich sind und eine große Herausforderung für uns bedeuten. Er fragte, ob es hier zu finanziellen Mehrbelastungen sowohl für uns als auch für unsere Bürgerinnen und Bürger kommen wird.

Herr Menke antwortete, dass es sicherlich Mehrbelastungen im Raume stehen. Ziel ist es, das Abwassersystem wirtschaftlich zu betreiben. Für Investitionen stehen aus den vorhandenen Abwassergebühren die Zinsen und Abschreibungen zur Verfügung. Im Bereich der Kläranlage gibt es Optimierungen im Energiebereich, aber beim Thema Klärschlamm Entsorgung ist mit deutlichen Kostenerhöhungen zu rechnen.

Herr von den Berg fragte, was bei der Entsorgung von Klärschlamm kostenpflichtig auf uns zukommt und ob es eine Möglichkeit gäbe, den Klärschlamm hier vor Ort selbst zu entsorgen, falls wir diesen zur Verarbeitung nicht mehr weitergeben dürfen.

Herr Fritsch: Über eine Studie sollen verschiedene Möglichkeiten der zukünftigen Klärschlamm Entsorgung bewertet werden. Es gibt unter anderem innovative Verfahren zur weitergehenden Entwässerung von Klärschlamm und Erzeugung eines Brennstoffes.

4.2 Umsetzung Verpackungsgesetz in Wilhelmshaven - Sachstand

Herr Wolanski erläuterte das Thema anhand einer Präsentation. Seitens der Dualen Systeme wurde mitgeteilt, dass eine Ausweitung der Behälterstellung in den EFH – Gebieten nicht erfolgen kann und ein Anspruch auf Änderung des abgestimmten Erfassungssystems ab dem Jahr 2019 nicht besteht. Die Stadt kann nunmehr erst zum 01.01.2021 durch schriftlichen Verwaltungsakt gegenüber den Dualen Systemen bestimmen, wie die Sammlung auszugestalten ist.

Frau Bakir fragte nach einer Möglichkeit, die Finanzierung der Verpackungstonnen selbst zu übernehmen.

Herr Wolanski: Dieses wäre grundsätzlich möglich, aber es ist damit nicht sichergestellt, dass die Behälter auch geleert werden.

Herr Prof. Preuß fragte nach der Möglichkeit einer Wertstofftonne.

Herr Wolanski: Die stoffliche Verwertung wird bei den Dualen Systemen nicht erreicht. Wenn wir die Wertstofftonne fordern und die stoffgleichen Nichtverpackung mit entsorgen würden, würden die Dualen Systeme hohe Kosten hierfür fordern. Dieses würde auch zu Gebührenerhöhungen führen. Vor diesem Hintergrund ist die Wertstofftonne derzeit nicht

zielführend.

Herr Prof. Preuß regte an, eine gelbe Wertstofftonne als MGB 1.100 l auf einem Wertstoffsammelplatz aufzustellen. Dieses würde möglicherweise geringere Kosten verursachen.

Herr Wolanski berichtete über das Problem, dass auf diesen Wertstoffsammelplätzen auch Rest- und Sperrmüll entsorgt wird und hält die Aufstellung einer Wertstofftonne dort nicht für zielführend, vor dem Hintergrund von Fehlwürfen. Das Verpackungsgesetz gibt uns aber die Möglichkeit, alle 3 Jahre entsprechende Rahmenvorgaben zu machen, d. h. wenn eine Wertstofftonne in Wilhelmshaven eingeführt werden soll, könnte dieses per Rahmenvorgabe bei einer der nächsten Ausschreibungen berücksichtigt werden.

Herr von den Berg sprach sich dafür aus, dass wir im Rahmen der kommunalen Selbstbestimmung selbständig an diesem System arbeiten sollten.

Herr Ressel fragte, was geschehen wäre, wenn wir uns für die gelbe Wertstofftonne für alle entschieden hätten.

Herr Wolanski antwortete, dass es bei der Verweigerungshaltung der Dualen Systeme geblieben wäre.

Neupflanzungen im Stadtgebiet nach Baumfällungen

- 4.3 **Herr Ressel** bat darum, nach Baumfällungen keine Birken zu pflanzen, da dieses bei vielen Menschen zu Pollenallergien führt.

Herr Bolinius: Da Birkenpollen zu den aggressivsten Pollenarten gehören, wurden im gesamten Stadtgebiet kaum noch Birken, sondern teilweise Erlen gepflanzt, deren Pollen weniger aggressiv sind.

Geschwindigkeitsbegrenzung an der B 210

- 4.4 **Herr Menke** bezog sich auf eine Anfrage von **Herrn Ressel** aus der vorigen Sitzung. Die Maßnahme resultiert aus einem Beschluss der Verkehrsunfallkommission, da der Kreuzungsbereich Hooksierter Landstraße/Peterstraße im Jahr 2016 besonders unfallgefährdet war.

Geäußerte Wünsche in der GUS-Sitzung

- 4.5 **Herr von den Berg** äußerte folgende in der GUS-Sitzung vorgetragene Wünsche:

1. Baumfällungen am Garnisonsfriedhof

Bezüglich der Baumfällungen besteht der Wunsch, die Bürger ausreichend über die getroffenen Maßnahmen zu informieren.

2. Gemeinsame Sitzungen von BTBW und ULB

Es wurde angeregt, im Frühjahr und im Herbst eines Jahres eine gemeinsame Sitzung von BTBW und ULB durchzuführen, da viele Themen angesprochen werden, die beide Ausschüsse betreffen. Die erste Sitzung sollte im Herbst 2018 stattfinden.

Verkehrsschilder am Bahnübergang und in der Montsstraße

- 4.6 **Herr von den Berg** wies darauf hin, dass die Schilder am Bahnübergang mit der Aufschrift „Bei geschlossenen Schranken bitte Motor abstellen“ nicht mehr sichtbar sind. Weiterhin bat er in der Montsstraße um Erneuerung eines umgekippten Verkehrsschildes sowie um Prüfung der Beschilderung, da die Montsstraße von Radfahrern beidseitig befahren wird.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

gez. Leinert

gez. von den Berg

gez. Bülthuis

Leinert
Dezernent

von den Berg
Vorsitzender

Bülthuis
Protokollführerin